



Ein Bufdi macht noch keine Zivilgesellschaft

Trotz Einführung des Bundesfreiwilligendienstes weist die staatliche Engagementpolitik viele Schwächen auf

Manchmal schlägt die Zeitgeschichte Kapriolen: Die Debatte um die Abschaffung des Zivildienstes und entsprechende Versorgungslücken in sozialen Einrichtungen rückte zum Jahresanfang auch das Thema bürgerschaftliches Engagement ins Interesse der Öffentlichkeit. Seitdem hat sich der neue Bundesfreiwilligendienst zu einer wichtigen Stütze für viele Pflege- und Betreuungseinrichtungen entwickelt. Offen bleibt dagegen die Frage, wie sehr dem Staat tatsächlich an der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gelegen ist. **VON GREGOR JUNGHEIM**

Günter Späker ist erleichtert. Trotz Wegfall des Zivildienstes gibt es in der Münchener Stiftung Pfennigparade mittlerweile genug Freiwillige, die diese Lücke schließen. Das Rehabilitationszentrum für körperbehinderte Menschen hatte zunächst mit einem Bedarf von 80 Männern und Frauen kalkuliert, die in der Einrichtung ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder den neuen Bundes-



Günter Späker

freiwilligendienst (BFD) absolvieren sollten. „Da der BFD anfangs unbekannt war, gab es zunächst wenige Bewerber“, berichtet der Koordinator für den Freiwilligendienst. „Ab Mai wurde es spürbar besser. Wegen unverhofft guter Bewerbersituation wurden sechs zusätzliche Stellen geschaffen und auch besetzt.“

Alter der Bewerber von 16 bis 68 Jahren

Gegenwärtig beschäftigt das Rehabilitationszentrum 48 FSJler und 38 sogenannte Bufdis, die umgangssprachliche Bezeichnung für Menschen im Bundesfreiwilligen-

dienst. „Die Bereitschaft, sich sozial zu engagieren, ist größer, als zunächst vermutet wurde“, erzählt der Freiwilligenkoordinator. Vielleicht habe auch der doppelte Abiturjahrgang in Bayern seinen Teil zur Popularität des Freiwilligendienstes beigetragen.

Allerdings ist ein BFD in der Einrichtung nicht nur für junge Menschen attraktiv. „Es gab Bewerbungen jeden Alters, von 16 bis 68 Jahren“, berichtet Späker. „Vor allem in der Pflege sind ältere Menschen jedoch schwer einsetzbar.“

Bereits mehr als 21.000 Vereinbarungen mit Freiwilligen

Auch die Koordinationsstelle für den BFD, das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (früher Bundesamt für den Zivildienst), zieht eine erfreuliche Zwischenbilanz: „Im Mai wurde das Gesetz für den neuen Dienst verkündet, am 1. Juli ist er gestartet. Gemessen an dieser kurzen Zeitspanne ist die Anzahl von bundesweit mehr als 21.000 Vereinbarungen mit Bundesfreiwilligen ein Erfolg“, sagt Pressesprecherin Antje Mäder. „Und das Interesse von Freiwilligen

und Einsatzstellen ist weiterhin groß.“ Erfreut ist sie auch darüber, dass etwa 20% der Anträge von Bewerbern über 27 Jahren kommen.

Notwendigkeit des BFD ist durchaus zweifelhaft

Wer Interesse hat, sich für einen Zeitraum von in der Regel zwölf Monaten zu verpflichten, findet ein breites Angebot: „Die Bundesfreiwilligen werden in Einsatzstellen eingesetzt, die zum großen Teil auch schon Zivildienstleistende beschäftigt haben“, berichtet Mäder. „Zudem wurden die Einsatzbereiche auf Sport, Integration, Kultur und Bildung erweitert.“

Eine andere Frage ist freilich, worin eigentlich die Notwendigkeit des BFD besteht. Schließlich gibt es bereits das FSJ, das Freiwillige ökologische Jahr, das Freiwillige Jahr in der Denkmalpflege, das ganz normale Praktikum und viele andere Angebote für bürgerschaftliches Engagement. „Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, das freiwillige Engagement zu stärken und auch den Wegfall des Zivildienstes zumindest teilweise aufzufangen“, sagt die Sprecherin des Bundesamtes. „Das Freiwillige Jahr ist eine Angelegenheit der Bundesländer und darf durch den Bund nicht noch weitergehend gefördert werden. Insofern war eine neue Dienstform notwendig, die sich darüber hinaus auch nicht nur an junge Menschen wendet.“

So liegt es also am Föderalismus, wenn ab sofort zwei Mitarbeiter einer Einrichtung Seite an Seite Behinderte transportieren, Zimmer reinigen, Jugendfreizeiten betreuen oder mit den Bewohnern eines Altenheims spazieren gehen – der eine ein Bufdi, der andere ein FSJler. Kommenden Generationen, die ohne Wehr- und Zivildienst aufwachsen, wird die Logik dahinter allerdings nur schwer zu vermitteln sein.

Ob auch ein gesellschaftlicher Bedarf für den BFD besteht, ist dagegen durchaus fraglich. „Laut dem Freiwilligensurvey des Bundesfamilienministeriums gibt es bereits mehr als 20 Mio. Menschen in Deutschland, die sich bürgerschaftlich engagieren“, sagt Dr. Stefan Nährlich, Geschäftsführer des engagementfördernden Vereins „Aktive Bürgerschaft“. „Ich kann nicht nachvollziehen, warum man 300 Mio. EUR ausgeben muss, um weitere 35.000 Bufdis zu gewinnen.“ Dies ist die Zielvorgabe von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU).

Staatlicher Niedriglohnsektor durch neuen Dienst?

Da der BFD für Menschen jeden Alters offen steht, sieht Nährlich auch die Gefahr, dass hier ein neuer staatlicher Niedriglohnsektor entsteht – eine Kritik, die auch bei der Schaffung der Ein-Euro-Jobs laut wurde. Ganz unbegründet ist diese Sorge nicht: So wird den Bufdis

lediglich ein Taschengeld gezahlt, das nach Angaben des Bundesamtes 330 EUR nicht überschreiten darf. Auch mit weiteren Zuschüssen für Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung wird der Freiwillige kaum auf einen existenzsichernden Stundenlohn kommen. Zwar dürfen BFD-Stellen keine Arbeitsplätze verdrängen. Diese Auflage gilt jedoch auch für die Ein-Euro-Jobs – und ist seit deren Einführung immer wieder Gegenstand für zahlreiche ungeklärte Auslegungsfragen.

Bundesamt hat zahlreiche neue Aufgaben übernommen

Hinter dem BFD vermutet Nährlich in erster Linie eine politische Notwendigkeit: „Nach dem Ende der Wehrpflicht ging es vor allem darum, einen Nachfolger für den Zivildienst zu schaffen und eine neue Aufgabe für das ehemalige Bundesamt für Zivildienst zu finden.“

Eine bereits von mehreren Kennern des Dritten Sektors geäußerte Vermutung, die Pressesprecherin Antje Mäder nicht gelten lassen will: „Inzwischen hat das Amt vielfältige neue Aufgaben übernommen und nur ein Teil der Beschäftigten arbeitet im Bereich Bundesfreiwilligendienst.“ So gehören zu den Aufgaben des Bundesamtes u.a. die „Initiative Demokratie stärken“ und verschiedene Programme des Europäischen Sozialfonds.

Es bleibt allerdings die Frage, warum der Staat sich überhaupt berufen fühlt, ➔

Anzeige

Eine Investition in unsere Gesellschaft — heute und in Zukunft

Unsere Fonds richten sich an institutionelle Anleger, gemeinnützige Einrichtungen und Stiftungen. Als spezialisierter Asset-Manager konzentrieren wir uns ausschließlich auf Immobilienanlagen des demografischen Wandels. Unser Konzept zielt auf nachhaltige und gesellschaftlich werthaltige Investments. Kontinuierliche und langfristige Erträge stehen im Vordergrund unseres Handelns.

Mit Werten Werte schaffen.

AviaRent

AviaRent Capital Management S.à.r.l.
84, Route d'Arlon, L-1150 Luxemburg
www.aviaRent.lu



☞ immer neue Engagementprogramme aufzulegen, anstatt sich darauf zu konzentrieren, möglichst günstige Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu schaffen. In einem Aufsatz, den Nährlich gemeinsam mit dem Soziologen Holger Backhaus-Maul und dem Politikwissenschaftler Dr. Rudolf Speth für die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ verfasst hat, beziehen die Autoren hierzu eindeutig Position: „Je stärker Politik und Verwaltung durch direkte Maßnahmen und Programme versuchen, Bürgerengagement zu steuern, desto mehr befördern sie die Abhängigkeit (...) von Staat und Politik und schwächen die Eigenkräfte der Bürgergesellschaft.“



Dr. Stefan Nährlich

„Zivilgesellschaft am staatlichen Gängelband“

Ähnlich sieht dies Prof. Dr. Berit Sandberg von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: „Die Bundesregierung betreibt eine Politik, die die Zivilgesellschaft an das staatliche Gängelband nimmt“, sagt die Leiterin des Studiengangs Nonprofit-Management und Public Governance. „Ressourcen für Engagementförderung sollen unter staatlicher

Kontrolle bleiben. Mittel für die Finanzierung einer Engagement fördernden Infrastruktur sind nicht vorgesehen.“

Lückenbüßer für einen überforderten Staat?

Daran ändere auch die im Oktober 2010 beschlossene Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung nichts. „Stiftungen werden darin ausdrücklich als Partner benannt, sollen aber offensichtlich in die Umsetzung staatlich initiiert Programme eingebunden werden“, bemängelt die Hochschullehrerin. „Der Verdacht liegt nahe, dass der Staat öffentliche Aufgaben mit privaten Stiftungsgeldern finanzieren lassen will.“ Alle schmeichelhaften Lobreden auf bürgerschaftliches Engagement als Rückgrat der Gesellschaft könnten also durchaus von dem Willen beseelt sein, Stiftungen als Lückenbüßer für einen überforderten Staat einzuspannen.

Besonders skeptisch beobachtet Sandberg die Entstehung staatlicher Stiftungen. „Wenn der Staat eine Stiftung errichtet, werden Budgetentscheidungen der parlamentarischen Kontrolle entzogen. In der Öffentlichkeit erscheinen solche Stiftungen als bürgerschaftliche Initiativen, was sie aber nicht sind.“

WEITERE INFORMATIONEN:
www.bafza.de
www.aktive-buergerschaft.de

☞ Anstatt günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu schaffen, zieht es die Bundesregierung vor, neue Engagementprogramme aufzulegen.

☞ Mit diesen Plakaten wirbt das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben für den Bundesfreiwilligendienst. Der Slogan trifft freilich auf jede Art bürgerschaftlichen Engagements zu.

Sie bleiben unter staatlichem Einfluss, denn in ihren Organen sitzen staatliche Repräsentanten, und ohne staatliche Zuwendungen sind sie nicht arbeitsfähig.“

Obendrein hat der Staat nicht immer ein glückliches Händchen, wenn er selbst stiften geht. Man denke nur an die Debatte um die erst im Aufbau befindliche Bundesstiftung Magnus Hirschfeld. Kaum war die Errichtung einer Organisation zur Bildungsarbeit über Homosexualität und deren wissenschaftliche Erforschung beschlossen, hagelte es Kritik. Zunächst bemängelte der homosexuelle Grünen-Politiker Volker Beck, dass der Schwerpunkt der Stiftung falsch gesetzt sei. Notwendiger als akademische Forschung sei die Menschenrechtsarbeit im Interesse von Schwulen und Lesben. Daneben kritisierte der Verein Lesbenring, dass sich die Arbeit der Stiftung zu stark auf homosexuelle Männer konzentriere, was bereits mit dem Namen der Organisation anfangen. Kurz darauf meldete sich der Verein „Transinterqueer“ zu Wort. Diesen erregte wiederum, dass u.a. transsexuelle Menschen in der Stiftungsarbeit keine Berücksichtigung finden.

Und wie groß ist eigentlich das Interesse an staatskritischem bürgerschaftlichen Engagement? Schließlich werden aufgebrachte Bürger und Einwohner, die den konstruktiven Dialog mit den Mächtigen fordern, den Staat sicher nicht finanziell entlasten: Für Demonstrationen sind Absprachen mit den Organisatoren, Umleitung des Verkehrs und ein Großeinsatz

der Polizei nötig. Und Infrastrukturprojekte, bei denen der Bevölkerung ein umfassendes Mitspracherecht gewährt wird, erfordern hohe Sach- und Personalkosten der öffentlichen Verwaltung.

Begrenztes Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge

„Der Staat will nicht primär Kritik unterdrücken“, so die Meinung von Stefan Nährlich. „Aus meiner Sicht interessiert ihn diese Form des Engagements einfach nicht. Weil sie nicht kompatibel zur Verwaltungslogik ist, können Ministerien damit nichts anfangen. Das Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge ist bei Verwaltungsbeamten oft nur begrenzt vorhanden.“

Noch härter fällt die Kritik von Berit Sandberg aus: „Die Bundesregierung versteht Engagementpolitik nicht als Demokratiepolitik, obwohl jede Form bürgersgesellschaftlichen Engagements politischen Charakter hat. Initiativen mit politischem Anspruch werden bei einem solchen Verständnis qua definitionem ausgegrenzt. Die Bundesregierung konzentriert sich lieber auf die netten ehrenamtlichen Helfer, denn unpolitischer Altruismus scheint ungefährlich und ist



Prof. Dr.
Berit Sandberg

mehrheitsfähig. Was nicht ins Demokratiekonzept passt, wird sanktioniert.“



Als Beispiel nennt sie die umstrittene Extremismusklausel, die zunächst für einen Eklat bei der Verleihung des Sächsischen Demokratiepreises sorgte und mittlerweile auch die Förderpolitik des Bundesfamilienministeriums bestimmt. Wer Unterstützung für Projekte gegen Rechtsextremismus beantragt, muss sich nicht nur selbst zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, sondern auch Sorge dafür tragen, dass kein Kooperationspartner extremistische Tendenzen aufweist. Die Antragsteller sind also zu einer Gesinnungsprüfung anderer Organisationen verpflichtet, die durchaus den

Umfang einer Bespitzelung erreichen kann. „Solche Zuwendungsbedingungen zwingen politische Initiativen in ein Dilemma zwischen Opportunismus und Verzicht“, bemängelt Sandberg.

So werden auch künftige Initiativen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlicher Strukturen bei vielen Akteuren des Dritten Sektors auf Skepsis stoßen. Stiftungen sind derweil gut beraten, das zu tun, was sie schon immer getan haben: abseits politischer Agenden eigene Wege gehen und dabei durchaus auch einmal antizyklische Ziele verfolgen. Schließlich weiß man nie, wann scheinbar überkommene Ansichten wieder populär werden.

■

Anzeige

Stiftungsvermögen 2011 - Die besten Manager Wohin mit dem Nachlass?



Um dauerhaft gute Werke initiierten und aufrecht erhalten zu können, benötigen Stiftungen Erträge, die sie aus dem Stiftungskapital erwirtschaften müssen. Die Fliege-Stiftung will diese herausfordernde Aufgabe mit Profis aus der vermögensverwaltenden Branche umsetzen und bat den Verlag FUCHSBRIEFE um tatkräftige Unterstützung. Unser Report nennt dezidiert Stärken und Schwächen der einzelnen Banken.

Bestellen Sie Ihr Exemplar unter: www.fuchsbriefe.de/stiftungen



62 Seiten
ISBN: 978-3-943124-00-2
49,- €

Immer eine Spur schlauer...